

Gutachten zum Schießstand Waakhausen

Toxische Befunde

Lars Fischer 26.02.2021

Ein hoher Zaun um den Schießstand ist nur eine der Sofortmaßnahmen, die das lang erwartete Gutachten zu Waakhausen nahelegt. Tenor des 150-Seiten-Papiers: Von dem Areal gehen akute Gefahren aus.

Vor allem das Blei aus den Geschossen hat der Umwelt in Waakhausen ganz erheblich zugesetzt.

Worpswede. Schon die ersten Vorabinformationen aus dem Gutachten zum Schießstand Waakhausen, die der Landkreis Osterholz im November veröffentlichte, waren alarmierend. Am Freitag hat nun der Kreis mit etlichen Monaten Verzögerung die endgültige Fassung der sogenannten Gefährdungsabschätzung zur Umweltbelastung veröffentlicht. Dass eine Sanierung unumgänglich sei, war bei allen Konflikten um die Anlage auch bislang schon unstrittig und wird nun untermauert. Denn die Ergebnisse der Untersuchungen sind eindeutig: Das Gelände weist einen „teilweise extrem erhöhten Schadstoffgehalt“ auf.

Auf 90 Prozent der rund 220.000 Quadratmeter umfassenden Gesamtfläche der Schießsportanlage wurden Belastungen nachgewiesen, die bereits zu schädlichen Verunreinigungen im Boden sowie im Oberflächen- und Grundwasser geführt haben, urteilt der Gutachter Lars Levermann der Bremer Firma Umtech. Verantwortlich dafür sind vor allem, wie erwartet, Bleirückstände aus der Munition, ebenso Arsen, Antimon und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (Pak). Die zugrunde gelegten Prüfwerte werden in der Spitze um das 136-Fache überschritten.

Der Gutachter kommt zu dem Schluss, dass neben der Bodenbelastung bereits auch ein Grundwasserschaden eingetreten sei. Die Ergebnisse der Untersuchungen des Wassers in den Torfschichten zeige „extrem signifikante Belastungen durch Blei“ auf, was darauf schließen lasse, dass das Rückhaltevermögen der Böden größtenteils überschritten sei. „Natürliche Schadstoffminderungsprozesse werden hier auch langfristig nicht zu tolerierbaren Schadstoffgehalten führen“, heißt es.

Zudem warnt Levermann ausdrücklich davor, die Gräben um das Gelände für die Landwirtschaft zu nutzen: „Eine Verwendung des Wassers des Landwehgrabens und des Viehlander Grabens zur alleinigen Bewässerung von Nahrungs- und Futtermittelpflanzen oder einer Befüllung von Wassertrögen für Nutztiere sollte vor diesem Hintergrund unterlassen werden.“

Zaun um die Anlage

Auch ein Risiko für Menschen auf der Anlage ist laut Gutachter als „durchaus gegeben zu bewerten“. Bei Kleinkindern reiche der Schadstoffgehalt an der Oberfläche aus, um mit einer geringen aufgenommenen Bodenmenge Vergiftungserscheinungen auszulösen. Für Erwachsene beurteilt er die Belastung zwar als unbedenklich, aber man könne nicht grundsätzlich ausschließen, dass sich auf dem Areal auch kleinere Kinder aufhielten. Deshalb wird empfohlen, das gesamte Gelände gegen unbefugtes Betreten mit einer Zaunanlage zu sichern. „Das alleinige Aufstellen von Warnschildern wird als nicht ausreichend erachtet.“

Am „Sicherungsbauwerk“, der sogenannten Wurst, in der belastete Böden bei der letzten Sanierung 2007 eingelagert wurden, wurde aktuell zwar „kein unmittelbar handlungsbedürftiger Schaden festgestellt“. Dennoch sei anzunehmen, „dass die Dichtigkeit des Bauwerkes infolge der festgestellten Verformungen und der damit verbundenen Materialbeanspruchungen nur noch eingeschränkt gegeben sein wird“. Daher rät das Gutachten dringend dazu, auch hier erneut tätig zu werden. Die Entscheidung darüber, welche

Maßnahmen vom Betreiber verlangt werden, treffen allerdings die Kreisbehörden. Zunächst wird das Gutachten am 10. März im Ausschuss für Umweltplanung und Bauwesen beraten.

Aber schon jetzt mahnt die Firma Umtech an, weitere Untersuchungen zu veranlassen: Im unmittelbaren Umfeld der Waakhauser Anlage seien die Verunreinigungen noch nicht ermittelt worden, obwohl es dort landwirtschaftliche Nutzungen gebe. Eine solche Nutzung aber sei, wenn sich herausstelle, dass sich auch diese Flächen noch im Depositionsbereich befinden sollte, gar nicht zulässig. Es sei zudem nicht auszuschließen, „dass mit Schadstoffen angereicherte Pflanzen durch die am Standort vorhandene Tierwelt aufgenommen werden und somit ein entsprechender Schadstofftransfer über die Nahrungskette erfolgt“.

Sanierungsziele legt das Gutachten nicht vor, aber Levermann macht deutlich, dass die Wiederaufnahme des Schießbetriebs auf den Skeet- und Trapständen sowie am „Kipphasen“ die Situation weiter verschlimmern würde. Auch nach möglichen Sanierungen müssten Einträge von Bleischrot ausgeschlossen werden, einen zukünftigen Betrieb mit Eisenmunition hält er für denkbar. Auch die Kugelstände müssen saniert werden, könnten aber seiner Ansicht nach weiter betrieben werden.

https://www.weser-kurier.de/region/wuemme-zeitung_artikel,-toxische-befunde-_arid,1961723.html

Sünden fordern hohen Preis

Lars Fischer 26.02.2021

Das, was auf dem Schießstand Waakhausen passiert ist, ist ein Umweltskandal, daran lässt das Gutachten keinen Zweifel. Die Sünden der Vergangenheit fordern nun einen hohen Preis, kommentiert Lars Fischer.

Kleinkinder, die über einen Schießstand robben und sich genüsslich eine Handvoll Erde mit Bleischrot in den Mund stopfen – das klingt nicht gerade nach einem realitätsnahen Szenario. Dass auf diesen Bissen aber womöglich Vergiftungserscheinungen folgen, ist keine Erfindung hypersensibler Zeitgenossen, sondern eine handfeste Erkenntnis eines fundierten Gutachtens, das eben nicht gefällig ist. Genau wie die, dass benachbarte Bauern besser nicht das Wasser der bleiverseuchten Gräben für Vieh und Pflanzen nutzen sollten. Das alles ist ein veritabler Umweltskandal. Sicher wird die eine wie die andere Seite in dem verfahrenen Konflikt um den Schießstand Waakhausen auch an diesem Papier Kritikpunkte finden, aber man muss sich angesichts der drastisch dargelegten Folgen nicht mehr darum streiten, welches wohl der zutreffende Grenzwert ist.

Auch wenn die zukünftigen Schritte nur angedeutet werden, das Gutachten hat schon jetzt Sprengkraft. Allein die Forderungen nach einem Zaun um das riesige Areal und dem Rückbau der „Wurst“ lassen die Kosten für die Sanierung weiter in die Höhe schnellen. Und das ist erst der Anfang. Man darf gespannt sein, wie der neue Betreiber so ein finanzierbares Konzept auf die Beine stellen will. Die Umweltsünden seiner Vorgänger fordern einen hohen Preis.

https://www.weser-kurier.de/region/wuemme-zeitung_artikel,-sueden-fordern-hohen-preis-_arid,1961727.html

Weser-Kurier 27.02.2021

**Gutachten zum Schießstand in Waakhausen liegt vor
Experte spricht von extremen Umweltbelastungen**

Lars Fischer

Worpswede. Der Streit um den Schießstand Waakhausen bei Worpswede zieht sich seit Jahren hin, unter anderem auch deshalb, weil Gegner und Befürworter keine gemeinsame Diskussionsgrundlage über die Umweltbelastung finden konnten, die von der Anlage ausgeht. Unstrittig ist, dass am Rande der Hammeniederung Tonnen von bleihaltigen Munitionsresten in die Umwelt gelangten. Nach erheblichem Widerstand hat die Osterholzer Kreisverwaltung schließlich im vergangenen Jahr eine sogenannte Gefährdungsabschätzung in Auftrag gegeben, die am Freitag mit etlichen Monaten Verzögerung vorgelegt wurde.

Das 150 Seiten starke Papier kommt zu einer eindeutigen Beurteilung der Lage: Das rund 220.000 Quadratmeter große Gelände weist einen „teilweise extrem erhöhten Schadstoffgehalt“ auf. Es wurden Belastungen nachgewiesen, die bereits zu schädlichen Verunreinigungen im Boden und im Wasser geführt hätten, urteilt der Gutachter. Die zugrunde gelegten Prüfwerte für Blei, Arsen, Antimon und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) würden um das bis zu 136-fache überschritten.

Das Gutachten kommt zu dem Schluss, dass neben der Bodenbelastung auch bereits ein Grundwasserschaden vorliege. Die Ergebnisse der Untersuchungen des Wassers in den Torfen zeige „extrem signifikante Belastungen durch Blei“, was darauf schließen lasse, dass das Rückhaltevermögen der Böden größtenteils überschritten sei. Zudem warnt der Gutachter ausdrücklich davor, das Wasser der Gräben um das Gelände weiter für die Landwirtschaft zu nutzen. Ein Sanierungsbauwerk von 2007 müsse mittelfristig entfernt werden.

Auch ein Risiko für Menschen auf der Anlage ist laut Gutachter als „durchaus gegeben zu bewerten“. Bei Kleinkindern reiche der Schadstoffgehalt an der Oberfläche aus, um mit einer geringen aufgenommenen Bodenmenge Vergiftungserscheinungen auszulösen. Für Erwachsene beurteilt er die Belastung zwar als unbedenklich, aber man könne nicht ausschließen, dass sich auf dem Areal auch kleinere Kinder aufhielten. Deshalb wird empfohlen, das komplette Gelände mit einem Zaun zu sichern. Der Experte fordert zudem, weitere Untersuchungen im Umfeld der Anlage zu veranlassen, Aussagen über Art und Umfang einer zukünftigen Sanierung trifft das Gutachten aber nicht.

Schießstand Waakhausen

Linke fordern sofortige Schließung

Folge des Schießstand-Gutachtens – Politiker sehen Versagen der Kontrollmechanismen

Die Linken fordern, die Schießsportanlage Waakhausen umgehend zu schließen.

Lars Fischer

Landkreis Osterholz. Mit der Veröffentlichung des Gutachtens zum Schießstand Waakhausen liegen nun, wie berichtet, die Fakten, nach denen sich die anstehende Sanierung des Geländes ausrichtet, auf dem Tisch. Die Kreistagsfraktion der Linken hat unmittelbar nach Bekanntwerden der Befunde die sofortige Schließung der Anlage gefordert.

Der Fraktionsvorsitzende Reinhard Seekamp spricht von einem „Umweltskandal, wie ihn der Landkreis Osterholz noch nicht erlebt hat“. Er fordert: „Die zu erwartenden Kosten für eine vollständige Beseitigung der schon eingetretenen und zukünftigen Schäden haben die jetzigen und früheren Betreiber – und gegebenenfalls auch die hinter ihnen stehenden Verbände – zu tragen.“ Die Kosten dürften nicht auf die Steuerzahler abgewälzt werden.

Der Worpsweder Kreistagsabgeordnete der Partei, Bernd Rugen, sagt: „Bislang wurde nur das Gelände selbst, nicht aber die nähere und weitere Umgebung untersucht. Die Tragweite und das Ausmaß der Verunreinigungen müssen schnellstmöglich geklärt werden. Ob Landwirte in der näheren Umgebung nun ihre Ländereien weiter so bewirtschaften können, ist zum jetzigen Zeitpunkt ebenfalls fraglich.“

Die Linkspartei erwartet „entschiedenes Handeln“ des Landrats. Der Schießstand müsse sofort geschlossen werden, und es seien Sicherungsmaßnahmen wie die Einzäunung des Geländes und das Aufstellen von Warnschildern unverzüglich anzuordnen, so Seekamp. Es sei deutlich geworden, dass das Kontrollsystem des Landkreises versagt habe: „Dass dieser Zustand von den Kontrollbehörden entweder völlig unterschätzt wurde oder aber beide Augen zugedrückt wurden, ist ein weiterer Skandal im Skandal.“ Die Linken fordern daher auch eine Revision der Kontrollmechanismen.

Bürgermeister ist „geschockt“

Auch die Worpsweder Grünen und die Unabhängige Wählerversammlung (UWG) haben Stellung bezogen. Der UWG-Fraktionsvorsitzende Jochen Semken betont, dass die Ergebnisse die bisherigen Vermutungen von Umweltschäden bei Weitem überträfen. „Neben der nunmehr eindeutig nachgewiesenen Belastung der Gewässer und der Böden beunruhigt uns weiterhin sehr, dass die möglichen Belastungen der umliegenden landwirtschaftlichen Flächen dazu führen können, dass toxische Schadstoffe über die Tiere in unsere Nahrungskette kommen können“, so Semken. Die UWG wolle nunmehr beantragen, dass der Landkreis dem Worpsweder Gemeinderat und der Bevölkerung detailliert das Gutachten erläutere.

Eine Schließung fordert die UWG nicht, sie könne sich vorstellen, dass der Kugelstand nach einer Sanierung zur Jägerausbildung weiterhin zur Verfügung stehe. Für die Schrotstände sei dies aber „eher unwahrscheinlich“. Einer Erweiterung der Anlage für Freizeitschießsport mit Bau einer Halle und auch einem Wallbau erteilt die UWG aber schon jetzt eine Absage. Ausdrücklich bedankt sich Semken bei der Bürgerinitiative in Waakhausen, ohne deren Ausdauer und Standhaftigkeit trotz Anfeindungen und Drohungen „dieser Umweltskandal sicherlich nicht aufgedeckt worden wäre“.

Auch die Grünen verweisen darauf, dass sie wiederholt auf die Missstände hingewiesen hätten. Jetzt werde deutlich, dass nicht nur die Hauptdispositionsfläche der Bleischrote, sondern rund 220.000 Quadratmeter verseucht seien. Es sei damit zu rechnen, dass bei einer erneuten Sanierung mehr als 60.000 Kubikmeter verseuchter Erde, das Zehnfache der letzten Sanierung, entsorgt werden müsse, so Sprecher Michael Sawatzki. Die Warnung des Gutachters, das Wasser der umlaufenden Gräben könne schädlich für die Landwirtschaft sein, müsse auch auf das Wild aus den Jagd-Revieren um den Schießstand ausgeweitet werden.

Sawatzki fordert von den Kreisbehörden umgehend einen Sanierungsplan, darüber hinaus müsse schnellstmöglich der Platz mit einem Zaun gesichert werden und die hochtoxische Flüssigkeit aus dem Sanierungswall ausgepumpt werden. Für die noch nicht untersuchten Flächen solle ebenfalls eine Gefährdungsanalyse erstellt werden. Die UWG ruft in Erinnerung, dass noch im März 2019 der Landkreis Osterholz das Überschreiten von Grenzwerten und somit auch mögliche Umweltgefahren öffentlich abstritt. Darauf nimmt auch Worpstedes Bürgermeister Stefan Schwenke Bezug, der auf Nachfrage sagte, er sei „geschockt“ über die aktuellen Befunde. Die Gemeinde könne aufgrund fehlender Zuständigkeiten nicht selber tätig werden, werde aber die notwendigen Schritte in enger Abstimmung mit dem Kreis begleiten. Der will zunächst einmal die Sitzung des Ausschusses für Umweltplanung und Bauwesen am 10. März abwarten. Dort soll bereits über die weiteren Maßnahmen berichtet werden, sagte Kreissprecherin Jana Lindemann auf Anfrage der Redaktion.

Leserbrief Wümme-Zeitung 04.03.2021

Schreien vor Wut

Matthias Erich, Worpstedede

Es ist nicht zu fassen, ich kann es auszudrücken versuchen wie ich will, es gibt keinen Maximalbegriff für diese toxischen Befunde. Obwohl ich ihn gerne bis zur Heiserkeit herausschreien möchte vor Wut.

Wie vergiftet müssen die Köpfe der Verantwortlichen sein, wie verfilzt das Geflecht der Nutznießer in Jägerschaft, Kreisverwaltung, Kreistag und anderen, dass diese zum Himmel stinkende Umweltmissachtung seit vielen Jahren so hingenommen wurde. Einfach nicht hinschauen wollen hilft Gott sei Dank nicht mehr, aber das, wie ich finde, vorsätzliche „Liegenlassen“ dieser Toxine, rückt doch in die Nähe von ebenfalls vorsätzlicher Körperverletzung – zumal in der Wahrnehmung öffentlicher Ämter – das ist der wesentliche Skandal in dieser Geschichte.

Matthias Erich, Worpstedede

https://www.weser-kurier.de/region/wuemme-zeitung_artikel,-buergerinitiative-kritisiert-kreis-arid,1963634.html

Schießstand Waakhausen

Bürgerinitiative kritisiert Kreis

Lars Fischer 09.03.2021

Mit scharfer Kritik am Landkreis Osterholz hat die Bürgerinitiative Naturschutz Worpswede auf das Gutachten zum Schießstand Waakhausen reagiert. Sie fordert nun schnelles Handeln der Behörden.



Auch zur Zukunft des Schießstandes hat die Bürgerinitiative bereits deutlich Stellung bezogen. (Lars Fischer)

Worpswede/Osterholz-Scharmbeck. Das Gutachten zum Schießstand Waakhausen steht, wie berichtet, im Mittelpunkt der Sitzung des Kreisausschusses für Umweltplanung und Bauwesen, der an diesem Mittwoch ab 14.30 Uhr im Großen Sitzungssaal des Kreishauses in Osterholz-Scharmbeck öffentlich tagt. Der Landkreis hat angekündigt, dort auch über sein weiteres Vorgehen zu berichten.

Unterdessen hat die Bürgerinitiative (BI) Naturschutz Worpswede ebenfalls eine Stellungnahme zur sogenannten Gefährdungsanalyse abgegeben. Nach ihrer Lesart sei mit dem Papier „das wahre Ausmaß des Schadens auf dem in der Vergangenheit nicht gesetzeskonform betriebenen Schießstand“ bestätigt. Es sei ein immenser, nicht wieder gutzumachender Schaden entstanden.

Der Sprecher der Initiative, Andreas Oeller, kritisiert auch die Landkreis-Behörden scharf. „Jahrelang wurden den Verursachern hinsichtlich ihres Fehlverhaltens Zugeständnisse gemacht und Anordnungen nicht durchgesetzt“, sagt er. Dezernenten und Landrat hätten ihre Pflicht zur Kontrolle und Einflussnahme trotz offenkundiger Hinweise nicht ausreichend wahrgenommen. Ihre Begründung, es gebe keine gesetzliche Handhabe für Zwangsmaßnahmen gegen die Betreiber, da keinerlei Gefahren von dem Schießstand ausgingen, sei nun eindeutig widerlegt worden.

Forderung nach Entschlossenheit

Mit Sanierungen weiter abzuwarten hält die BI für fahrlässig. „Jetzt ist es für die Verantwortlichen im Landkreis an der Zeit, die Fehler der Vergangenheit nicht fortzuführen, sondern das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen und mit Entschlossenheit das verloren gegangene Vertrauen der Bürger wiederherzustellen“, fordert sie. Die Empfehlungen des Gutachters, der unter anderem dazu rät, das kontaminierte Wasser dem Sanierungsbauwerk, der sogenannten Wurst, abzupumpen und zu entsorgen sowie das gesamte Gelände durch einen Zaun zu sichern, sollten nach ihrem Dafürhalten sofort umgesetzt werden. Auch die ebenfalls kontaminierten Kugelstände müssten sofort geschlossen werden, da der weitere Betrieb die Umweltbelastung weiter verschärfe.

Die Kosten der Gefährdungsanalyse von bis jetzt 85.000 Euro sollen dem vormaligen Betreiber nach dem Verursacherprinzip auferlegt werden, weil die Umweltbelastung schon 2019 erkennbar gewesen sei. „Diese Kosten dem Steuerzahler aufzubürden“, so die BI, „war und ist ungerechtfertigt.“

Die Bürgerinitiative setzt nun vor allem darauf, dass angesichts der zu erwartenden Kosten keine Aufweichung der Sanierungsziele vorgenommen oder die erhoffte Sanierungszusage des neuen Betreibers nicht mit Wünschen zur weiteren Nutzung der Anlage verbunden werden.

Aber auch den Umgang mit der Initiative selbst rückt Oeller noch einmal ins Bewusstsein: Er erinnert daran, dass er und seine Mitstreiter sich falschen Behauptungen, Ausgrenzungen, anonymen Drohungen, Anzeigen wegen angeblicher Straftaten und dem Vorwurf des Populismus ausgesetzt gesehen hätten.

Schießanlage Waakhausen

"Aufsammeln und abdichten reicht nicht"

Umweltdezernent: An millionenschwerer Sanierung des Waakhauser Schießplatzgeländes führt kein Weg vorbei

Auf dem Gelände des Schießplatzes Waakhausen wird seit Jahrzehnten mit Blei geschossen; die Aufnahmekapazität des Bodens ist erschöpft.

Bernhard Komesker

Landkreis Osterholz. Das bleibelastete Schießplatzgelände in Waakhausen wird auch nach der nötigen Sanierung eine Altlast bleiben. Kreisdezernent Dominik Vinbruck sagte dazu am Mittwoch im Umweltausschuss, die Wiederherstellung des Ursprungszustands sei illusorisch, im Vordergrund müsse die Gefahrenabwehr stehen. Dazu werde der Eigentümer-GmbH nun ein Sanierungsplan auferlegt, auf dessen Umsetzung mehrere Kreis- und Landesbehörden ein Auge hätten (wir berichteten).

Nun, da ein Gutachten zur Gefährdungsabschätzung vorliegt, sei klar: "Die Aufnahmequalität des Bodens ist erschöpft. Aufsammeln und abdichten allein reicht nicht." Die Sanierung werde einen Millionenbetrag kosten. Sollte der Eigentümer der Aufforderung nicht nachkommen, diese Sanierung zu planen und umzusetzen, werde es zu einer sogenannten Ersatzvornahme auf Landkreis-Kosten kommen. Der Landkreis würde in dem Fall Regressansprüche geltend machen, damit nicht der Steuerzahler die Zeche zahlt. Auch eine Mitverantwortung der Vorgänger-Betreiber wäre dann zu prüfen.

"Aber an diesem Punkt sind wir nicht", betonte Vinbruck. "Der Eigentümer ist ja kooperationsbereit und kooperationswillig." Er habe freilich zusammen mit den Behörden "ein Arbeitspensum für Jahre" vor sich. Der Dezernent erwiderte zu Befürchtungen der Bürgerinitiative im Sitzungssaal, wonach ein neues Schießsportzentrum den Aufwand refinanzieren könnte, dafür gebe es enorme Hürden im Bau- und Planungsrecht. Auch für ein Sanierungsbauwerk müsste die Gemeinde Worpswede Flächennutzungs- und Bebauungsplan ändern – ein Verfahren mit Bürger- und Behördenbeteiligung. Da sich daraus dann eine Abweichung vom Raumordnungsprogramm ergäbe, würde "vermutlich auch der Kreistag" befasst.

Prüfung von Zaun und Kugelstand

Bestandsschutz hätten nur Gaststätte und Kugelstand-Gebäude, so der Dezernent. Schon für den Bau eines Zauns um das 2,2 Hektar große Gelände herum wäre eine Baugenehmigung nötig. Der bisher einvernehmlich eingestellte Betrieb der Schrotschussanlagen wird von der Verwaltung nun förmlich verboten. Doch aus Sicht von SPD, Linken, Grünen und Bürgerfraktion könnte der Landkreis durchaus mehr für die Sicherheit tun, indem er etwa auch den Schießbetrieb auf den Kugelbahnen untersagt und die Einzäunung des Areals anordnet statt nur prüft.

Vinbruck jedoch gab zu bedenken, dabei sei Verhältnismäßigkeit geboten: "Es nützt mir nichts, politisch etwas zu fordern, was ich rechtlich nicht durchsetzen kann." Die Verwaltung werde den Sachverhalt aber erneut prüfen und im Kreisausschuss über das Ergebnis informieren; das Gremium

tagt nichtöffentlich am 23. März. Zugleich verständigten sich Politik und Verwaltung auch auf regelmäßige Anwohner-Information, zumal nun Schadstoffuntersuchungen auf benachbarten Flächen des Schießplatz-Geländes anstehen. Für Nahrungs- und Futtermittelpflanzen ist das Wasser aus Landwehrgraben und Viehlander Graben ungeeignet, so die Gutachter der Bremer Firma Umtec.

Der Biologe Hans-Gerd Kulp, der als beratendes Mitglied im Ausschuss mitwirkt, bemängelte zwei Aspekte der Gefährdungsanalyse, die insgesamt weit mehr als 1000 Seiten füllt. Demnach sei die Geländeoberfläche der sogenannten Streuschicht aus seiner Sicht nicht hinreichend in die Schadstoffbilanz eingeflossen. "Dabei ist das die eigentliche Blei-Quelle, die weiter ausgeschwemmt wird." Die Rückschlüsse anhand der Bohrungen deuten Kulp zufolge auf 75 bis 215 Tonnen Bleimunition hin. "Hinzu dürften aber nochmal mehr als 100 Tonnen kommen, die unmittelbar oben auf dem Gewebe liegen." Darüber hinaus hätten die Gutachter auch unfiltrierte Gewässerproben mit allen Schwebstoffen untersuchen sollen, urteilte Kulp: "Das ist schließlich der Teil, der weiter in die Hamme wandert."

Der Umtec-Gutachter Klaus Konertz erwiderte, sein Team habe für die Analyse des sogenannten Eluats ein standardisiertes Verfahren nach DIN-Norm verwendet. Für den Bereich Streuschicht, wo sich das Material sehr ungleich verteile, habe man aus Praktikabilitätsgründen keine Cluster gebildet. Auf Nachfrage ergänzte Umtec-Mitarbeiter Lars Levermann, die Sanierungsplanung werde mittelfristig auch das Sicherungsbauwerk umfassen müssen. Möglicherweise sei es eine Lösung, das dort angestaute Sickerwasser abzupumpen, aber das werde Folgen für die Stabilität haben. Ohne dauerhafte Sicherung des wurstähnlichen Walls indes könnten die Dichtungsbahnen reißen; sie ist darum auch Teil der behördlichen Auflagen.

Osterholzer Kreisblatt – 12.03.2021

Das sagen die Abgeordneten

Bernhard Komesker

Axel Miesner (CDU): Das Gefährdungsgutachten ist eine schonungslose Analyse.

Börn Herrmann (SPD): Das ist drei Nummern schlimmer als gedacht. Danke an die Bürgerinitiative und die UWG Worpswede, dass sie nicht locker gelassen haben. Bei der schnellen Beseitigung der Gefahren darf es keine Kompromisse geben. Ein Weiterbetrieb ist für mich schwer vorstellbar, erst recht keine neue Anlage und ein neuer Wall. Der Betreiber wird gewusst haben, was er da kauft. Aber auch die Vorgänger haben Verantwortung, selbst wenn am Ende der Steuerzahler einen Teil mittragen muss.

Reinhard Seekamp (Linke): Wie konnte das passieren und warum hat der Landkreis nicht früher eingegriffen? Das ist mehr als ärgerlich. Jetzt muss erst mal gründlich aufgeräumt werden. Ich wünsche mir, dass wir bei den Sanierungsdetails mitreden können.

Dörte Gedat (Grüne): Es gab viele Beteiligte ohne Problembewusstsein. Von denen, die Bleimunition bis heute für unverzichtbar halten, hört man jetzt wenig. Es darf aus Kostengründen nicht wieder nur eine Minimalsanierung oder andere faule Kompromisse geben; wir haben da eine tickende Zeitbombe in einem sehr sensiblen Gebiet.

Wilfried Pallasch (Bürgerfraktion): So viel Geduld haben wir sonst selten mit Leuten, die unsere Flächen schädigen. Die Probleme sind dem Landkreis lange bekannt und es gab keine Kontrollen; da verstehe ich das Jammern jetzt nicht. Auf den Betreiber kommen mit der Sanierungsanordnung hohe Kosten zu. Ob er die tragen kann?

11. 03. 2021 Mail eines Worpsweder Bürgers an Bgm. Schwenke

Moin Herr Schwenke,

angesichts der aktuellen Berichte und dem Gutachten zum "Schießstand Waakhausen" möchte ich an Ihre Worte im März 2019 erinnern.

"überflüssig" oder aber auch "Das können wir uns sparen"

war Ihre Einschätzung zu einer Gefährdungsanalyse / Falls in Vergessenheit geraten, hier nachzulesen:

https://www.weser-kurier.de/region/wuemme-zeitung_artikel,-gefaehrungsanalyse-fuer-waakhausen-gefordert-arid,1817245.html

Sie waren mit dieser, doch erheblichen Fehleinschätzung nicht allein und die öffentlichen Bekundungen dieser Einschätzung waren mit ursächlich für eine Diskreditierung der Akteure, die zur Klärung des Sachverhaltes beitragen wollten. Allen voran Herr Oeller und Herr Viefhues, die sich in Folge erheblichen Anfeindungen in der Gemeinde als auch in den "sozialen" Medien ausgesetzt sehen mussten.

Wir unterliegen alle mal einer Fehleinschätzung und das sei auch Ihnen zugestanden, aber meinen Sie nicht auch, dass man sich bei derart groben *Patzern* auch mal entschuldigen kann?

Meine persönliche Meinung: Wer nur etwas *Courage* besitzt sollte kein Problem damit haben sich auch **öffentlich** dafür zu entschuldigen, allein schon um die Reputation der Geschädigten wieder herzustellen.

Gleiches -- so meine ich -- gilt auch für die *Verdrängungs*-Akteure des Landkreis OHZ (in Kopie), die uns hier über Jahre hinweg eine schönes Ei ausgebrütet haben: O-Ton *"keine rechtliche Handhabe"*

Mit den besten Grüßen

<https://www.anzeiger-verlag.de/osterholz/artikel/landkreis-reagiert-auf-gutachten-gespraech-mit-schiessstand-betreiber-soll-kurzfristig-stattfinden>

Landkreis reagiert auf Gutachten: Gespräch mit Schießstand-Betreiber soll kurzfristig stattfinden

Worpswede-Waakhausen (jm). Der Landkreis reagiert auf die Ergebnisse des Gefährdungsgutachtens für den Schießstand in Waakhausen. Im Ausschuss für Umweltplanung und Bauwesen wurde ein Sieben-Punkte-Plan zum weiteren Vorgehen beraten. Demnach werde der Betrieb der Schrotschussanlagen kurzfristig untersagt. Zudem soll die Schiessanlage Waakhausen GmbH den Zutritt zum Gelände begrenzen, wie die Gutachter der Bremer Firma Umtec es empfohlen hatten. Die Zukunft der Anlage und der konkrete Sanierungsplan sollen zeitnah mit dem Geschäftsführer Gerhard Schorner besprochen werden. Kosten- und Zeitrahmen der nötigen Sanierungsmaßnahmen sind noch nicht bekannt. Das Gefährdungsgutachten, dessen Ergebnisse vergangene Woche veröffentlicht wurden, hatte ergeben, dass Böden und Grundwasser am Schießstand extrem stark mit Schwermetallen belastet sind. Schon die Aufnahme kleiner Mengen des Bodens könnten bei einem Kleinkind Vergiftungserscheinungen hervorrufen, stellten die Gutachter fest. Sie raten außerdem dazu, die Flächen in der unmittelbaren Umgebung des Schießstandes zu untersuchen. Dieser Empfehlung ist der Landkreis gefolgt und hat eine entsprechende Untersuchung in Auftrag gegeben, die Ergebnisse werden im April erwartet.

Bürgerinitiative übt weiter Kritik

Kritik am bisherigen Verlauf des Umweltskandals wird abermals aus den Reihen der Bürgerinitiative Naturschutz Worpswede laut. „Das wahre Ausmaß des Schadens auf dem in der Vergangenheit nicht gesetzeskonform betriebenen Schießstand Waakhausen wurde nun schriftlich bestätigt“, schreiben die Mitglieder der Initiative in einer Pressemitteilung. Sie sehen die Ursachen der jetzt aufgedeckten Umweltschäden in einem „unsäglichen Zusammenspiel von Betreibern, Überwachungsbehörde und Teilen der Politik.“ Den Verursacher:innen, die den Schießstand widerrechtlich betrieben hätten, seien in der Verwaltung jahrelang Zugeständnisse gemacht worden, Anordnungen hätten die Behörden nicht durchgesetzt. „Die zuständigen Dezernenten und mit ihnen der verantwortliche Landrat nahmen ihre Pflicht zur Kontrolle und Einflussnahme trotz offenkundiger Hinweise nicht wahr“, heißt es von der Bürgerinitiative. So sei bereits 2006 im Rahmen einer Sanierung unerlaubt Z2-Material in die damals eingebrachten Sandböden eingebaut worden. Für die Sanierung sei ein Bauleiter aus den Reihen der Betreiber:innen gewählt worden, dessen Arbeit müsse überprüft werden. Schusszahlen seien trotz Auflagen in der Betriebserlaubnis nie aufgezeichnet worden.

Die Bemühungen der Bürgerinitiative seien stets mit dem Hinweis, es gebe keine gesetzliche Handhabe für Zwangsmaßnahmen gegen die Betreiber, da keinerlei Gefahren von dem Schießstand ausgingen, abgetan worden. Diese Behauptung sei nun durch das Gutachten eindeutig widerlegt. Darüber hinaus beklagen die Mitglieder der Bürgerinitiative, es habe von vielen Seiten Versuche gegeben, mit falschen Behauptungen ihre Glaubwürdigkeit in Zweifel zu ziehen. Zuletzt wurde die

Bürgerinitiative von Unbekannten bedroht: Vor den Häusern zweier Mitglieder wurden im vergangenen Oktober tote Tiere abgelegt.

Leserbrief

Eigentor des Landrats

Der noch amtierende Landrat Lütjen war ja in seiner Jugend ein guter Fußballer. Aber was er in Sachen Umweltskandal Schießstand Worpswede-Waakhausen geleistet hat, ist direkter Abstiegsplatz! Ebenso scheint er in dieser Sportart Verantwortungsbewusstsein nicht gelernt zu haben, denn sonst würde er sich nicht so locker-flockig für eine weitere Amtszeit als Landrat bewerben – wohl wissend um das niederschmetternde Ergebnis der Gefährdungsanalyse.

Als Landrat trägt er hierfür die alleinige Verantwortung. Ich sehe hier aber einen gewissen Mangel an Unrechtsbewusstsein. Ein Mensch ist nicht nur verantwortlich für das was er tut, er ist auch verantwortlich für das was er nicht tut (Prinzip der Ethik des deutschen Strafrechts)!

Jürgen Langenbach, Worpswede